

Von der Politik der kleinen Schritte zu einer Institution: 25 Jahre Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion

von Barbara Scheffer

Herzlichen Glückwunsch – einen langen Atem und starke Frauenpower!

Am 8. März 1984 entstand die Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Ihre erste Gründerin und Leiterin war Helga Korthaase.

Zwei Tage später titelte die BERLINER STIMME: „*Kampf gegen Ungerechtigkeit – SPD eröffnet Gleichstellungsbüro für Frauen*“. In Abgrenzung zum Muttertag, „*wo die meisten Frauen mit einem Blumentopf für die Küche überrascht werden*“, wurde in dem Artikel das symbolträchtige Datum 8. März, also der Internationale Frauentag, gewürdigt. Weiter war in der BS u.a. zu lesen: „*Grundlage war ein Parteitagsbeschluss, der die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle beim Regierenden Bürgermeister verlangte. Weil dies jedoch von der CDU/FDP-Mehrheit im Parlament abgelehnt wurde, „üben“ die Sozialdemokraten jetzt schon mal in der Opposition.*“



Barbara Scheffer

genderpolitische Sprecherin
der SPD-Fraktion in der
BVV Charlottenburg-Wilmersdorf

Helga Korthaase erklärte, sie wolle „*in erster Linie Frauen unterstützen, die sich Männern gegenüber benachteiligt fühlen. Wir wollen uns um alles kümmern, was die alltägliche Diskriminierung ausmacht!*“ Gestartet wurde im Seiteneingang des Kurt-Schumacher-Hauses, Müllerstraße 163 / Ecke Burgsdorfstraße in einem Ladenlokal.

In den ersten Jahren war die Arbeit der Gleichstellungsstelle vor allem geprägt als Anlaufstelle für Frauen. Helga Korthaase bot, abwechselnd mit den anderen Mitgliedsfrauen der SPD-Fraktion und Frauen der AsF, regelmäßig Sprechzeiten an.

Zu den Eckpunkten der Arbeit gehörte von Anfang an

- die Aufklärungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit,
- die Umsetzung von Kritik und Anregungen in parlamentarische Initiativen,
- die Kontrolle von Vorhaben und Programmen des Senats auf die Berücksichtigung der Belange von Frauen
- sowie die Kontaktpflege zu Frauengruppen, Frauenprojekten und -verbänden.

Wichtige Themenschwerpunkte waren seit Beginn: Gleichstellungsgesetze, Frauenförderpläne, Frauenbeauftragte/-vertreterinnen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, § 218. Auch andere Elemente der Frauenbewegung, wie z.B. Aufbau „alternativer“ Strukturen, Gründung von Frauenprojekten und Aufbau von Frauennetzwerken spielten eine zentrale Rolle. In den folgenden Jahren und bis heute steht vor allem die Entwicklung und Umsetzung gleichstellungspolitischer Konzepte und Strategien im Vordergrund.

Die Quote: Im Gründungsjahr der Gleichstellungsstelle 1984 gab es noch keine SPD-Quote. Die kam erst 1988. Der SPD-Fraktion gehörten „seinerzeit“ bei insgesamt 51 Mitgliedern gerade mal 6 Frauen an. In der darauf folgenden Wahlperiode später sah es nur wenig besser aus: 48 Mitglieder, davon 9 Frauen.

Anfang 1989 übernahm Ingrid Holzhüter die Leitung der Gleichstellungsstelle. Die Fraktion hatte nun 55 Mitglieder und darunter befanden sich 21 Frauen. Die Quote war nötig und sie wirkte!

Das Feminat: Spannend wurde es im Frühjahr 1989 aus frauenpolitischer Sicht mit der rot-alternativen Regierung. Der Senat wurde bald Feminat genannt, die acht Senatorinnen trafen sich regelmäßig zu Hexenfrühstücken. Noch ahnte niemand, dass im Herbst 1989 die Mauer fallen würde. Doch schon ein halbes Jahr später ging es um neue Themen wie Frauenrechte in die neue Landesverfassung, § 218 im „einig Mutterland“, Erhalt der Fraueninfrastruktur West und Ausbau von Angeboten für Frauen im Ostteil der Stadt.

Vom GSS zum LGG: In der „Holzhüter-Ära“ war die Arbeit der Gleichstellungsstelle – kurz GSS – durch zwei Umzüge und viele Umbrüche gekennzeichnet. Nach einer „Zwischenlandung“ im Rathaus Schöneberg fand die Stelle 1994 im Preussischen Landtag ihre endgültige Heimataadresse. Die Schwerpunkte verlagerten sich auf das parlamentarische Standbein und die Arbeit als Anlaufstelle geriet etwas aus dem Blickfeld. Ingrid Holzhüter, die auch Haushaltspolitikerin war, vertrat mit großer Vehemenz in den Plenardebatten die Auffassung, dass

„den Frauen nicht nur die Hälfte des Himmels, sondern auch die Hälfte des Haushalts“ zusteht.

Die Themen, die die Gleichstellungsstelle bearbeitet hat, reichen von der Darstellung von Mädchen in Berliner Grundschullesebüchern bis hin zu weiblicher Altersarmut. Zentral war das Landesantidiskriminierungsgesetz, das am Ende der vorzeitig beendeten 11. WP noch in zweiter Lesung verabschiedet wurde, aber erst 1991 in der Großen Koalition und unter dem Namen „Landesgleichstellungsgesetz“ (LGG) in Kraft trat.

1994 folgte die erfahrene Frauenpolitikerin Ulrike Neumann auf diese Stelle. Wie ihre Vorgängerinnen, die jeweils für ca. 5 Jahre die Geschicke der GSS lenkten, setzt sie seit nunmehr fast 15 Jahren die Akzente. Sie hat sich entsprechend der Forderung des Berliner bzw. Hamburger SPD-Grundsatzprogramms

*„Wer die menschliche Gesellschaft will,
muss die männliche überwinden“*

gezielt für die Umsetzung der Gleichstellungspolitik eingesetzt. In ihrer Amtszeit verlagerte sich Frauen- und Gleichstellungspolitik zu einer Querschnittsaufgabe für alle politischen Bereiche.

Die wichtigste gleichstellungspolitische Forderung aus dieser Zeit ist die enge Verknüpfung der Arbeits- und Wirtschaftspolitik mit der Frauenpolitik. Die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes und die Frauenförderung wurden weiter vorangetrieben. Ihre „LGG-Baustellen“ sind u. a. die §§ 13 (Frauenförderung durch Auftragsvergabe), 14 (Staatliche Leistungsgewährung) und 15 (Gremien).

Gender Mainstreaming und Gender Budget: In dieser Zeit setzte sich auch die Ansicht durch, dass alle gesellschaftlichen Vorhaben

die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein regelmäßig zu berücksichtigen sind und es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Die Stichworte heißen Gender Mainstreaming und Gender Budget und dass wir diese unterschiedlichen Wirklichkeiten im Haushalt zu berücksichtigen haben.

Die politische Umsetzung erfordert unsere volle Kraft und muss bis heute immer wieder erneut eingefordert werden.

Weitere wichtige Themenschwerpunkte waren

- die finanzielle Stützung der Projekte und Initiativen,
- der Aktionsplan gegen Gewalt,
- Entkriminalisierung der Prostitution,
- aber auch Initiativen gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat.

Heute sind in der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von 53 Mitgliedern 23 Frauen. Ressortübergreifend haben die SPD-Frauen vor 5 Jahren einen weibliche SPD-Arbeitszusammenhang, den „Branitzer Kreis,“ gegründet um sich noch stärker zu vernetzen.

JEDOCH: auch wenn die Verfassung von Berlin im Artikel 10 Absatz 3 die Gleichberechtigung von Frauen und Männern fordert:

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, die Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern herzustellen und zu sichern. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Förderung zulässig.“

Die Realität ist eine andere und die Gleichstellungspolitik ist noch lange nicht am Ziel angelangt. 2004 haben Berliner Frauen im Parlament und in den landeseigenen Betrieben festgestellt, dass das LGG eine Sollklausel in Bezug auf die geschlechter-paritätische Besetzung von Gremien enthält. So werden seitdem Aufsichts- und Beiräte nach und nach geschlechterparitätisch besetzt.

Siegerinnenlaune ist aber nicht angesagt, denn eigentlich besteht dieser Anspruch bereits seit Verabschiedung des LGG. Auch wenn 2006 in das Berliner Betriebsgesetz der § 28 eingefügt wurde, der festlegt, dass bei der Besetzung von Organen und Führungspositionen in den unter das Gesetz fallenden Betrieben das LGG anzuwenden ist, fehlt hier leider noch die Umsetzung.

Liebe Genossinnen und Genossen, noch immer erhalten Frauen weniger Lohn und sie haben schlechtere Aufstiegschancen als Männer. Das müssen wir ändern. Es ist eine tägliche Herausforderung an uns alle, dass die Gleichstellung der Geschlechter zum Kern unseres politischen Selbstverständnisses gehört! Die Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion hat damit bis zum nächsten Geburtstag einen wichtigen Auftrag.

BITTE VORMERKEN

Die

Jahreshauptversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunal- politik in Berlin e.V. (SGK Berlin)

findet am

**Freitag,
27. November 2009**
statt.

Details in einem der
nächsten Hefte.



Europa beispielhaft

Broschüre der Senatskanzlei informiert
über EU-geförderte Projekte in Berlin

Die Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, beeinflussen zunehmend den Alltag der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Auch in Berlin ist "Brüssel" sehr viel präsenter als weithin bekannt. Europa findet praktisch vor der Haustür statt.

"Europa beispielhaft" stellt auf 80 Seiten die wichtigsten Institutionen vor, beschreibt die Mitwirkungsmöglichkeiten Berlins auf innerstaatlicher sowie europäischer Ebene und gibt weiterführende Informationen einschließlich Internetadressen und Ansprechpartnern. Der Schwerpunkt liegt auf der Darstellung ausgewählter Projekte aus allen Berliner Bezirken, die mit finanzieller Unterstützung aus Brüssel zustande kamen.

Europäische Politik wird "kieznah" auf der lokalen Ebene veranschaulicht und macht das breite Spektrum europäischer Förderung für Berlin, seine Unternehmen und Menschen deutlich – von den wirtschaftsnahen Investitionen in die Berliner Infrastruktur über die Qualifizierung von Arbeitslosen bis hin zu Jugendprojekten und Bürgerbegegnungen.

Zu beziehen über die Europabeauftragte des Senats
unter www.berlin.de/eu oder Tel. 90 26 - 36 00